

Die Aussprache zum Haushalt dient immer einem Rückblick auf die Umsetzungen der Ermächtigungen aus dem Haushalt im Vorjahr und den Erwartungen für das kommende Jahr. (im Sinne einer Generaldebatte.)

### **Schauen wir also zunächst auf das Jahr 2017**

Die Umsetzungen zum Ausbau der Kindertagesstätten in Grüningen sind weder im Zeit- noch im Kostenrahmen erfolgt. Alles wurde teurer als geplant und dafür braucht es dann auch noch länger. Ähnliches gilt auch für die Kindertagesstätte Wunderland in Hausen und die seitens der Lebenshilfe geführten Kindertagesstätten. Von der Stadt umzusetzende Baumaßnahmen verzögern sich. Gleichzeitig wird der Betriebskostenzuschuss an die Lebenshilfe immer höher, was nicht nur der zunehmenden Zahl an betreuten Kindern geschuldet ist. (Zuletzt Betriebskostenerhöhung im Waldkindergarten "Rocky Hill" - wir haben eben darüber befunden.) Man stellt sich die Frage, ob dieser Bürgermeister ausreichend gründlich plant und Projekte auf mögliche Ergänzungen und Einsprüche der Aufsichtsbehörden prüft, bevor er sich mit ihnen in Szene setzt.

Die Reihe lässt sich problemlos fortsetzen - ein weiteres Beispiel in dieser Reihe wäre die Verlegung des städtischen Wertstoffhofes.

### **Schauen wir auf das Thema Bürgerbeteiligung.**

Wir GRÜNEN hatten gehofft, dass es in Sachen Dialog mit den Bürgern mit einem neuen Bürgermeister besser wird. Nach drei Jahren muss man feststellen: "Das Gegenteil ist Fall."

Dabei gibt es Themen genug, die Bürgerversammlungen und sogar Bürgerentscheide geboten erscheinen lassen: Seien es wiederkehrende Straßenbeiträge, die andernorts intensiv öffentlich vorgestellt und diskutiert werden. In Pohlheim ist dies dank der unsäglichen Regierungskoalition, die keine erkennbare Agenda hat, nicht möglich.

Dann ist da das Thema Fashion-Outlet-Center. Immerhin war auch innerhalb der CDU der Druck groß genug, so dass esnotgedrungen zu einer Info-Veranstaltung im Rahmen einer Stadtverordnetenversammlung kam. Aber eine Bürgerbefragung, eine Bürgerversammlung, nachdem sich alles gesetzt hat? Auch hier wieder: Fehlanzeige! Merkels Strategie des planlosen Nicht-Handelns, scheint jetzt auch in Pohlheim Fuß zu fassen. Da wo man auf Richtungsentscheidungen der Regierung erwartet, kommt nichts. Nur Unvermeidbares wird gemacht.

Oder nehmen wir die geforderten Bürgerversammlungen zum Thema Durchgangsverkehr in Dorf-Güll zum Beispiel? Wann wurde zu diesen eingeladen? Fehlanzeige.

Es wird allerorten betont, dass wir für eine lebhaftere Demokratie mehr Bürgerbeteiligung und direkte Entscheidungen brauchen. Politikverdrossenheit stärkt nur die Extreme. Aber nein. Hier gilt es seitens der Mehrheitsfraktionen Macht zu haben und diese auszuüben.

Auch die Kommunikation mit den Parlamentariern lässt zu wünschen übrig. Waren unter Herrn Schöffmanns Vorgänger Schäfer noch regelmäßige Gesprächsrunden mit allen Fraktionsspitzen üblich, so kann ich mich - außer an eine interne Präsentation von Neinver zum geplanten Outletcenter, die im übrigen keine wesentlich neuen Erkenntnisse brachte - in 2017 an nichts in dieser Richtung erinnern. Offensichtlich genügt es die Mehrheit gesichert zu haben. Offensichtlich genügt es einen ersten Stadtrat mit Dezernatsaufgaben zu betrauen, ihm zuliebe die Bauverwaltung planlos aufzublähen, um die Stimmen der FW für die Legislatur zu sichern.

Bevor wir uns aber dem aktuellen Haushaltsentwurf zuwenden, muss ich noch ein Ereignis erwähnen, das uns GRÜNEN zeigte, dass unser Bürgermeister es schlicht nicht zu

verstehen scheint oder nicht willens ist, tiefer in die Materie einzusteigen. Als 2016 die KPMG im Auftrag des Hessischen Rechnungshofes eine vergleichende Untersuchung zur "Haushaltsstruktur 2015. Städte" vorlegte, trauten wir unseren Augen nicht, als wir lesen musste: "Die Stadt Pohlheim gab keine Stellungnahme ab. Die Stadt Pohlheim verzichtete auf eine Schlussbesprechung", geschweige, dass man im Rahmen einer Präsentation mit den Herren und Damen der KPMG im HFA eine Diskussion geführt hätte. Nennt man das "Borniertheit"?

In diesem Bericht wurde auf die Bedeutung von Kennzahlen zum Vergleich und zur Steuerung von Kommunen hingewiesen. Hervorstechend war die Kennzahl der "Steuer- und Gebührenbelastung einer Modellfamilie". Auf Antrag der Grünen hatte der HFA im vergangenen Jahr beschlossen, derartiges in den Haushalt 2018 aufzunehmen. (Vorjahresvergleiche sollten ebenso möglich sein, wie Vergleiche mit ausgewählten Kommunen oder dem Landesdurchschnitt, wenn die erhobenen Statistiken das möglich machten.) Zu unserem Erstaunen ist nichts erfolgt. (Böse Zungen könnten behaupten, dass man das nicht wollte, da deutlich wird - so der KPMG-Vergleich - , dass Pohlheim bei den teureren der verglichenen Städte im Bereich der Kinderbetreuung liegt, während niedrige Grundsteuern, niedrige Abfallgebühren (der verhasste Kreis!!!), aber auch niedrige Wasser- und Abwassergebühren und eine Unterdeckung bei den Friedhofsgebühren dazu führen, dass Pohlheim gesamthaft ins Mittelfeld bei den Belastungen für die "Modellfamilie" rutscht.

Und damit sind wir schon mittendrin im vorgelegten Haushaltsentwurf 2018. Waren besagte Kennzahlen der Versuch belastbares Material für die Steuerung unserer Stadt Pohlheim zu bekommen, so ist der Blick auf die Kostenbelastung der Durchschnittsfamilie in puncto KiTa-Gebühren erschreckend. Gerade da, wo wir nicht zu den Billigheimern gehören, werden seit Jahren die Gebühren erhöht. Und das weit über dem Niveau der Inflation oder der Lohnentwicklung.

Ein weiterer schwerwiegender Tatbestand in diesem Haushaltsentwurf ist der aus unserer Sicht nicht nötige und sachgerechte Griff in die Kasse des Eigenbetriebes. Erstmals in der Geschichte des Eigenbetriebs wird an die Stadt ein "Gewinn" abgeführt. Sind es heute noch 100.000 €, so kann es in der Zukunft auch etwas mehr sein, denn es liegen keine Daten vor, auf welches Vermögen dieser "Gewinn" berechnet wird. (Im Übrigen wissen wir alle, dass die derzeit niedrigen Wasser- und Abwassergebühren deswegen so vergleichsweise niedrig sind, weil wir einen riesigen Investitionsstau vor uns her tragen und ein regelgerecht gepflegtes Kanal- und Rohrsystem bei der vorliegenden Länge höhere Gebühren erfordern würde und in der Zukunft auch wird.)

Ein anderes Projekt, zeigt, wie diese Regierung arbeitet. Wurde die Einführung eines Freiwilligen Polizeidienstes dem Parlament als kostenneutral, weil durch interkommunale Zusammenarbeit mit Laubach geförderte Maßnahme, verkauft und in der Begründung darauf hingewiesen, dass man keine Belastung der Bürger will, so sieht die Wahrheit doch anders aus: 8000 € an Ausgaben stehen erwartete 5000 € an Einnahmen gegenüber. Da wird der Bürger ein weiteres mal getäuscht und enttäuscht. Es ist kein Geheimnis, dass wir GRÜNEN auch bei Kostenneutralität den Freiwilligen Polizeidienst ablehnen.

Im Haushaltsentwurf 2018 ist es immer noch nicht gelungen, die Abschreibungen sachgerecht gemäß der Neuinvestitionen zu berechnen und entsprechend nachzuführen, geschweige denn, dass auf einzelnen Produkten belastbare Abschreibungswerte liegen. Und in den IST-Zahlen für 2016 fehlen sie einfach ganz!

Diese unsachgemäße Haushaltsplanung und Abrechnung spiegelt sich in den Internen Verrechnungen für Bauhof und Fuhrpark wieder. Teilweise führt die Planung dazu, dass nicht mehr existente Kostenträger mit Verrechnungskosten belastet werden. Der hier verwendete Algorithmus hat nichts mit sachgerechter Kostenplanung zu tun. Aber Schwamm drüber. Da es keine IST-Zahlen zu den Produkten gibt, ist ein PLAN-IST-Vergleich eh nicht möglich. (Wozu man das dann überhaupt "plant" ist uns allerdings schleierhaft.)

Jetzt mögen Sie sagen, Herr Schöffmann ."Das war schon immer so."  
Nach drei Jahren Amtszeit darf man aber erwarten, dass Unzulänglichkeiten der Vergangenheit angegangen und aufgearbeitet werden. Nichts ist der Fall!

Auch die Situation der Jahresabschlüsse ist in hohem Maße unbefriedigend. Seit der Vorlage der Eröffnungsbilanz 2009 im Jahre 2015 haben wir Stadtverordnete keine geprüften Jahresabschlüsse zur Kenntnis gebracht bekommen. Es ist selbst unterblieben die Stadtverordnetenversammlung "über die wesentlichen Ergebnisse der Abschlüsse (zu) unterrichten". (HGO § 112 (9))

Der haushalterische Blindflug muss ein Ende haben. Wir können bei einer derartig nachlässigen Haushaltsführung, einem derart fragwürdigen Haushaltsplan nur die Zustimmung versagen.

Dem vorgelegten Haushaltsentwurf stimmen wir nicht zu.